



Bundeskongress 07. April – 09. April 2006, Kassel

Menschenwürdig leben und arbeiten

Rede Ottmar Schreiner
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen/Betriebsorganisation (AfA)
In der SPD

Es gilt das gesprochene Wort

Ottmar Schreiner: Liebe Genossinnen und Genossen, ich will zunächst auch noch einmal einen herzlichen Glückwunsch an Bertram Hilgen und an die Partei in Kassel ausrichten. Das Ergebnis hier in Kassel bei der letzten Kommunalwahl war ganz überragend.

Zur Tagesordnung: Wir werden im Laufe des Nachmittags auch den Bundesvorsitzenden von ver.di, Frank Bsirske, erwarten, der ebenfalls um ein Grußwort gebeten hat. Es ist völlig selbstverständlich, dass wir diesem Wunsch gerne nachkommen werden, schon angesichts der aktuellen Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Beschäftigungssektor.

Nun, Ursula Engelen-Kefer hat sehr viele Themen angesprochen. Es sind in weiten Teilen Themen, die auch uns als Arbeitsgemeinschaft in den letzten Monaten und Jahren beschäftigt haben. Vorweg einige grundsätzliche Bemerkungen.

Wir erleben im benachbarten Frankreich seit etlichen Wochen erhebliche Unruhen. Die Gewerkschaften, Studentenverbände und Schülerverbände demonstrieren auf den Straßen, machen Kundgebungen, kämpfen gemeinsam für ihre politischen Ziele. Ich habe es in meinem politischen Leben übrigens selten erlebt, wie eng hier Gewerkschaften und die Organisationen von Schülern und Studenten zusammenarbeiten.

Der Schlüsselbegriff, liebe Genossinnen und Genossen, um den sich die Auseinandersetzung in Frankreich dreht, lautet im Französischen „Précarité“, und die junge Generation bezeichnet sich als „Generation Précaire“, das heißt: Prekäre Generation. „précaire“ heißt „unsicher“. Wenn wir uns die deutsche Arbeitslandschaft, vor allem den Wandel in der deutschen Arbeitslandschaft ab den frühen 80er-Jahren anschauen, dann gilt Ähnliches auch für die Situation in Deutschland. Auch wir haben es in wachsendem Maße mit prekären Arbeitsverhältnissen, prekären Arbeitsbiografien und prekären Einkommen zu tun, die den Menschen keine ausreichende Sicherheit mehr geben.

Die Arbeitslosen sind ohne Zweifel am prekärsten dran. Arbeitslosigkeit ist in Deutschland wieder zu einem Armutsrisiko geworden - dank Hartz IV.

Ich werde da auch in Zukunft nicht nachlassen. Es ist nicht nur eine gefühlte, sondern es ist eine wirkliche Ungerechtigkeit, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die jahrzehntelang treu und brav ihre Arbeit getan haben, im Falle der Arbeitslosigkeit, ein Jahr nach dem Bezug von Arbeitslosengeld faktisch in der

Sozialhilfe landen. Das ist eine schlimme Entwertung von Lebensleistung, und das muss auch in Zukunft korrigiert werden, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben einen Anstieg der befristeten Arbeitsverhältnisse von 1995 bis 2004 auf jetzt etwa 4,1 Millionen. Das ist ein Zuwachs von fast 100 %. Wer einmal in einem befristeten Arbeitsverhältnis war, der weiß, dass sich die Gedanken derer, die in solchen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, immer wieder um die Frage drehen: Was kommt danach? Ein weiteres Beispiel: Die Leiharbeitsverhältnisse haben sich im gleichen Zeitraum verdreifacht. Gegenwärtiger Stand: Über 400.000. Zudem hat sich die Zahl der Minijobs massiv erhöht. Inzwischen sind es mehr als 6,5 Millionen. Die politische Privilegierung der Minijobs hat wesentlich zu diesem Anstieg beigetragen.

Wir reden auch von sogenannten prekären Lohneinkommen. Das sind Lohneinkommen mit weniger als 75 % des Durchschnittseinkommens der deutschen Arbeitnehmerschaft. Das Durchschnittseinkommen liegt bei etwa 2.600 Euro brutto. Davon betroffen sind inzwischen über 20 % der Gesamtarbeitsverhältnisse. Und wir reden als prekärste der Prekäreinkommen von Armutslöhnen. Das sind Lohneinkommen von weniger als 50 % des durchschnittlichen Bruttoeinkommens. Auch hier ist in den letzten Jahren ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Immerhin sind inzwischen über 13 % der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland im Armutslohnsektor beschäftigt.

Übrigens, die Kehrseite ist eine nachhaltige Abnahme von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Allein in den letzten vier Jahren haben wir fast 1,8 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren. Seit Anfang der 90er-Jahre sind es fast 4 Millionen. Das ist der zentrale Grund für die wachsenden Finanzierungsprobleme der deutschen Sozialversicherung.

Wenn man diese Entwicklung an den Anforderungen einer sozial verantwortlichen Marktwirtschaft misst, dann muss man sich die Kernelemente, die tragenden Säulen dessen, was sich soziale Marktwirtschaft nannte und nennt, hin und wieder in Erinnerung rufen. Das will ich tun.

In Ludwig Erhards Buch „Wohlstand für alle“ werden zwei Kernelemente benannt, zum Ersten: "Allen arbeitenden Menschen soll nach Maßgabe der steigenden Produktivität ein ständig wachsender Lohn zukommen." Ich komme gleich noch auf diesen Punkt zurück.

Zweitens. "Wir wollen allen Schichten der Bevölkerung, aber insbesondere denen, die ohne eigenes Verschulden wegen Alter, Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht mehr unmittelbar am Produktionsprozess teilnehmen können, einen angemessenen und würdigen Lebensstandard garantieren." Das sind die beiden zentralen Versprechungen einer sozial verantworteten Marktwirtschaft. Ich sage das, damit man weiß, worüber man redet.

Oder noch deutlicher formuliert: Du hast Arbeit, erbringst deine Leistung und wirst an wachsendem gesellschaftlichen Reichtum beteiligt. Im Grunde kann man dieses Leistungsversprechen auch als das zentrale Sicherheitsversprechen des bundesdeutschen Sozialstaates bezeichnen. Die Arbeits- und Lebenswirklichkeit hat sich in den letzten gut 20 Jahren immer mehr von diesem Sicherheitsversprechen entfernt.

Wer in der Jugend eine Lehre abgeschlossen, das Abitur gemacht oder studiert hat und wer dann bereit ist, ein Leben lang diszipliniert zu arbeiten und hohe Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen, der findet bei uns nicht nur Geschäfte und gut bezahlte Arbeit, von der er und seine Familie anständig leben können, sondern er kann sich auch darauf verlassen, dass ihn die Sozialversicherung in Zeit von Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und im Alter Lohnersatzleistungen garantiert werden, die den im Beruf erreichten Lebensstandard jedenfalls annähernd absichern.

Die Kernelemente dessen, was sich soziale Marktwirtschaft, nennt - Vollbeschäftigung, stetig steigende Löhne entlang der Produktivität und annähernde Sicherung der jeweils über Jahrzehnte erarbeiteten Lebensstandards im sozialen Notfall -, genau diese Kernstandards werden seit über 20 Jahren zu Lasten von immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgeweicht.

Angesichts dieser Entwicklungstendenzen reden kritische Sozialwissenschaftler seit einiger Zeit von einer neuen, sich herausbildenden Klassengesellschaft in Deutschland, die wie folgt dreigeteilt ist: Am unteren Ende eine sich immer stärker verfestigende Unterschicht, etwa 10 bis 15 %, ohne Perspektive, ohne Aussicht, jemals wieder auf dem Arbeitsmarkt Tritt fassen zu können. In ihrem Kern die Langzeitarbeitslosen, zum erheblichen Teil auch Migranten und Migrationskinder.

Zweitens - und das wird von den Sozialwissenschaftlern als das eigentlich Neue dieses Prozesses der letzten beiden Jahrzehnte definiert - eine neue, prekäre - damit sind wir wieder beim Wort „prekär“ - soziale Mitte, die keineswegs homogen ist. Dazu zählt auch die Facharbeitnehmerschaft, die ihre sozialen Standards in wachsendem

Maße gefährdet und sich von Abstiegsängsten bedroht sieht. Dank Hartz IV! In der Folge sind viele auf unterschiedliche Weise auf Distanz zu den beiden großen Volksparteien gegangen. Diesen Prozess konnte man in den letzten Jahren bei allen Wahlen beobachten.

Zum Dritten: Eine Oberschicht, etwa 20 %, die über überdurchschnittliche Standards an Bildung, Besitz, Macht und Einkommen verfügt.

Das eigentlich Neue wird von den Soziologen so beschrieben: Die Angst vor der Unsicherheit, vor prekärem Leben ist wieder bis weit in die Mitte der Gesellschaft zurückgekehrt. Leistung lohnt eben doch nicht. Zwar steigen die Anforderungen an Leistung, Qualifikation und Bildung, aber gleichzeitig stagnieren oder gar sinken die Lohneinkommen und Renten. Die soziale Sicherheit wird immer brüchiger. Arbeitslosigkeit, aber auch Krankheit und Alter drohen wieder zum Armutsrisiko zu werden oder sind es in Teilen schon geworden.

Ich sage nochmals: Diese Entwicklung steht in einem grundlegenden Widerspruch zu einem fundamentalen menschlichen Bedürfnis, dem Bedürfnis nach Sicherheit.

Lasst mich zu diesem Bedürfnis nach Sicherheit noch einige Sätze sagen. Sicherheit ist das alles überragende menschliche Grundbedürfnis. Das gilt für die äußere Sicherheit - in Frieden leben. Es gilt für die innere Sicherheit. Aber es gilt auch und in gleichem Maße für die soziale Sicherheit. Es war, ist und bleibt die Kernaufgabe jeder Politik, dieses Grundbedürfnis, soweit es gesellschaftlicher Natur ist, jedem und jeder zu gewähren. Mehr noch: Jede politische Ordnung - dies gilt in besonderem Maße für die modernen Demokratien - beziehen ihre Daseinsberechtigung aus dem Anspruch, angemessene und zeitgemäße Antworten auf das elementare Verlangen der Bürgerinnen und Bürger nach Sicherheit zu finden. Die Sozialdemokratie muss selbst ein Teil dieser Antworten sein. Da, wo sie es nicht ist, bahnen sich andere, neue Kräfte ihren Weg.

Die Angst vor der wachsenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ein klassisches Thema von Sicherheit, und ihre gröbliche Vernachlässigung durch die damalige SPD-geführte Bundesregierung war die Geburtsstunde der Grünen. Und aktueller: Meine feste Überzeugung ist es, dass ohne Hartz IV und die damit verletzten Sicherheitsbedürfnisse vieler Bürgerinnen und Bürger, vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Linkspartei nicht denkbar wäre. Hartz IV ist der Geburtshelfer der Linkspartei, liebe Genossinnen und Genossen.

Welche Schlussfolgerungen sind zu ziehen? Welche Antworten werden von uns auf die verletzten Sicherheitsbedürfnisse erwartet?

Zuvor aber: Einer der dümmsten Sätze, die ich in den letzten Jahren gehört habe, war: Die Politik ist alternativlos. - Also, wenn es keine Alternative gibt, dann wäre Demokratie - ich begreife Demokratie als das freie Ringen unterschiedlicher Konzepte um gesellschaftliche Mehrheiten - ihrerseits ein unsinniges Unterfangen. Jede Politik hat natürlich Alternativen, und die entscheidende Frage ist, was wir als Teil der Sozialdemokratie dazu beitragen wollen, Ursachen für die wachsende Unsicherheit von Menschen, insbesondere aber die wachsende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Deshalb ein paar aktuelle Anmerkungen.

Die erste Anmerkung: Ich habe schon heute morgen um 10 Uhr die erste kleine Auftaktrede auf einer Protestveranstaltung der IG-Metall vor dem Rathaus hier in Kassel halten können. Ich habe dort gesagt, ohne dass ich Eure Zustimmung schon gehabt hätte, dass ich heute Nachmittag auf der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im Namen der Konferenz die einmütige Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der IG-Metall ausdrücken werde. Das will ich hiermit machen.

Ich weiß, dass Lohnforderungen Angelegenheit der Tarifparteien sind und dass sich die Politik da tunlichst zurückhalten soll. Aber es wäre völlig weltfremd, so zu tun, als ob Lohnverhandlungen, als ob Tarifverhandlungen in einem politikfreien Klima stattfinden würden. Das wäre wirklich völlig wirklichkeitsfern. Große Teile der Politik haben in den letzten 15 Jahren insbesondere bei den Gewerkschaften immer wieder moderate, zurückhaltende, bescheidene Löhne angemahnt mit der Begründung, das bringe mehr Beschäftigung. Diese These, moderate Löhne, zurückhaltende Löhne, stagnierende Löhne, rückläufige Löhne bringe mehr Beschäftigung, ist eine der größten Lebenslügen der deutschen Politik in den letzten 15 Jahren, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich könnte Euch jetzt all die Daten nennen; man kann sie fast täglich lesen. Die Statistik-Kommission der EU hat vor wenigen Wochen die Reallohnentwicklung in den europäischen Ländern im Zeitraum von 1995 bis 2004 publiziert. An der Spitze stehen Schweden und Großbritannien, mit Zuwächsen von jeweils rund 25 %. Übrigens: Die Briten haben es in diesen zehn Jahren verstanden, ihre Arbeitslosigkeit von damals über 9 % auf inzwischen unter 5 % zu reduzieren. Sie sind relativ dicht am Vollbeschäftigungsziel. Die Briten haben zudem 1998, als letztes

westeuropäisches Land mit Mindestlöhnen, einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt. Damals polemisierten die britischen Arbeitgeberverbände - ganz ähnlich wie heute die deutschen Arbeitgeberverbände -, das würde zu Beschäftigungsverlusten führen. Es hat in Großbritannien nicht einen einzigen Arbeitsplatz gekostet.

Im Übrigen, nochmals: Auch die allgemeine Lohn und Tarifentwicklung war in keinem anderen westeuropäischen Land günstiger für die abhängig Beschäftigten als in Großbritannien in diesem Zehnjahresvergleich. Deutschland war in den gleichen zehn Jahren am untersten Ende der Lohnentwicklung. Im Durchschnitt sanken deutsche Reallöhne um 0,9 %. Gleichzeitig hatte Deutschland den höchsten Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Die Zusammenhänge sind klar: Vier Fünftel der deutschen Arbeitsplätze hängen an der Binnenwirtschaft. Ich bin ja sehr dafür, dass wir Exportweltmeister sind, dass keine andere Volkswirtschaft dieser Erde so konkurrenzfähig auf den globalisierten Märkten ist wie die deutsche Volkswirtschaft. Aber der Preis, den wir zahlen, ist extrem hoch, nämlich eine so massive Schwächung der Kaufkraft der meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass die Beschäftigungslücken, die über die schwache Binnenkonjunktur gerissen werden, die Exporteffekte weit übersteigen. Deshalb brauchen wir wieder eine angemessene Lohnentwicklung, um die Binnenkonjunktur nachhaltig zu stärken. Auch dann blieben wir Exportweltmeister.

Im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung ist zu lesen, um ein weiteres Beispiel zu nennen, dass wir im letzten Jahr einen Zuwachs des Bruttosozialprodukts von rund 42 Milliarden Euro hatten. Von diesen 42 Milliarden Euro gehen über 40 Milliarden Euro an die Einkommensbezieher aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit. Ich sage: Diese Art von Ungerechtigkeit in der Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Bruttosozialprodukts stinkt gegen Himmel, ist verteilungspolitisch nicht mehr vertretbar und beschäftigungspolitisch in außerordentlichem Masse schädlich, liebe Genossinnen und Genossen.

Zum Thema Mindestlöhne werden wir uns auch auf dieser Konferenz positionieren; das ist völlig klar. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen hat vor gut einem Dreivierteljahr dazu nach langer Diskussion einen Beschluss gefasst. Wir hatten uns auf 1.250 Euro brutto verständigt. Das entspricht einem Stundenlohn von etwa 7,50 Euro. Das liegt ungefähr knapp oberhalb der Armutslohngrenze, es liegt etwas oberhalb der so genannten Pfändungsfreigrenze der Arbeitnehmerschaft

- das sind zurzeit etwa 990 Euro, denn 1.250 Euro brutto sind netto um die 1.000 Euro bei einem Alleinstehenden -, und das entspricht ungefähr dem Durchschnitt der Mindestlöhne, die Arbeitnehmern in Holland, Luxemburg, Frankreich, Belgien und Großbritannien gezahlt werden, um diejenigen Länder mit einer vergleichbaren volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu nennen.

Das, was in Deutschland seit Jahren an Armut- und teilweise an Hungerlöhnen gezahlt wird, ist ein glatter Verstoß gegen Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich will zum Zweiten einige Bemerkungen zu der teilweise absonderlichen Situation in der Tarifaueinandersetzung um die Arbeitszeitfrage machen.

Man könnte ja an die Zeit vor gut 20 Jahren erinnern, 1984/1985, mit 2,3 Millionen Arbeitslosen. Damals gab es Vorschläge, welchen Beitrag die Arbeitszeitpolitik ihrerseits zu einer beschäftigungsfreundlichen Umverteilung des Arbeitsvolumens leisten könne. Eine große Gewerkschaft - die damalige IG-Chemie, und auch die Bundesregierung - favorisierten Vorruhestandsregelungen. Andere Gewerkschaften - die IG-Metall vorneweg - bevorzugten den Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Aber alle - unbeschadet der Differenzen - wollten einen arbeitszeitlichen Beitrag zur Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit leisten. Das, was damals vor 20 Jahren richtig gewesen ist, bei 2,3 Millionen Arbeitslosen, kann doch heute, 20 Jahre später, bei 5 Millionen Arbeitslosen nicht falsch sein! Gleichzeitig drängen massive Kräfte darauf, die Arbeitszeiten generell und flächendeckend zu verändern, liebe Genossinnen und Genossen. Welch ein Unsinn!

Dann gibt es da einen Verhandlungsführer bei der Tarifgemeinschaft der Länder, der heißt Möllring. Er ist kein Verhandlungsführer, sondern er ist ein purer Parteiideologe. Ich will es Euch jetzt auch belegen: Er hat vor wenigen Tagen, am 20. März dieses Jahres, in einem Gespräch mit der *Financial Times Deutschland* gesagt - ich zitiere jetzt Hartmut Möllring, CDU, Finanzminister Niedersachsen -: „Der Kampf der Länder mit ver.di um längere Arbeitszeiten hat nach Ansicht des Vorsitzenden der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Hartmut Möllring, CDU, Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft. Die Wirtschaft beobachtet sehr viel mehr als früher, was im öffentlichen Dienst passiert. Eine gewisse Leit- und Pilotposition haben die Verhandlungen deswegen auch, und wir tragen die entsprechende Verantwortung.“ - Da kann man nur sagen: Welch ein aufgeblasener Frosch! Er trägt „die öffentliche Verantwortung“ dafür, dass wir in Zukunft - das ist pure Ideologie - bei

5 Millionen Arbeitslosen die Wochenarbeitszeiten im öffentlichen Sektor wie auch in der Privatwirtschaft deutlich erhöhen. Das ist pure Ideologie. Jede flächendeckende Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet bei gegebener Nachfrage die Erhöhung der Massenarbeitslosigkeit um den gleichen Prozentsatz.

Mir ist auch bekannt, dass die Kassen der öffentlichen Haushalte, Bund, Länder und Kommunen außerordentlich klamm sind. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein selbst verschuldetes Problem. Wenn die Politik jahrelang Wettkämpfe um niedrigere Steuern austrägt, mit dem Ergebnis, dass wir die niedrigste Steuerlastquote Europas haben, und sich anschließend über fehlende Gelder beschwert, um notwendige öffentliche Aufgaben erfüllen zu können, dann wäre es angebracht, wenn die Politik ihre eigenen Fehler korrigiert, anstatt die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zum Sündenbock zu machen, liebe Genossinnen und Genossen. Das macht doch überhaupt keinen Sinn.

Ich will aber jetzt, da man hin und wieder ja auch mal positiv über Konservative reden soll, dies auch tun. Ich zitiere jetzt aus einem Buch. Der Text bezog sich übrigens auf die Arbeitslosenquote 1932. Nun weiß ich, dass es äußerst problematisch ist, gewisse Dinge zu vergleichen. Es mag auch Zufall sein. Wir hatten damals, 1932, im Deutschen Reich 5 Millionen Arbeitslose. Ich zitiere trotzdem aus diesem Buch: „Man kann in der bisherigen täglichen Arbeitszeit alle Arbeitsfähigen nicht mehr beschäftigen. Aber es handelt sich darum, möglichst alle in Arbeit zu halten, denn die Beschäftigungslosen müssen verkommen, körperlich und seelisch. Das Radikalmittel heißt: Herabsetzung der industriellen Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden, und zwar muss der Kapitalismus in der Lösung dieser Frage vorangehen. Er muss sich anpassen, denn sonst wird man ihn mit Recht verantwortlich machen, und die Gegenwehr kommt mit Naturnotwendigkeit. Unhaltbar ist die Meinung, der Vervollkommnung der Technik die Schuld zuzuweisen. Es ist Unsinn, sie, die den Menschen von so viel Last und Mühe befreit hat, als Unsegen anzuprangern. Man muss nur aus den Tatsachen, die sie geschaffen hat, die zweckvollen allgemeinen Folgerungen ziehen.“

Also, die Forderung vor dem Hintergrund von damals 5 Millionen Arbeitslosen lautete: Wenn ihr das System retten wollt, dann müsst ihr es reformieren: Reduziert die Arbeitszeit in der industriellen Produktion! - Gefordert wurde der 6-Stunden-Tag. Übrigens, die 30-Stunden-Woche steht im gültigen SPD-Grundsatzprogramm von 1989. Ich will nur daran erinnern: Wir wollten sie bis zum Jahr 2000 erreichen.

Nun gehöre ich nicht zu denen, die eine flächendeckende Kürzung der Wochenarbeitszeit verlangen. Das ist nicht mein Ding; das ist Sache der Gewerkschaften. Aber ich will euch dennoch sagen, wer das geschrieben und gesagt hat. Das Buch wurde 1946 von dem späteren ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, geschrieben, der übrigens seine erste Rede als Präsident mit dem Satz beendet hatte: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk.“ Westerwelle lässt grüßen! Theodor Heuss zitiert in diesen Passagen am laufenden Meter Robert Bosch, einen der großen Industriekapitäne aus der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Die oben zitierten Überlegungen zur Arbeitszeit stammen aus einem kleinen Büchlein von Robert Bosch aus dem Jahr 1932. Industriekapitäne wie Robert Bosch hatten mehr ökonomisch-politischen Sachverstand als ein Großteil der heutigen politischen Eliten, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich will zum Thema „Sicherheit“ unter massiver Verkürzung dessen, was ich mir notiert hatte - wir erwarten noch ein paar andere Grußworte und Reden -, zu zwei oder drei Bausteinen noch etwas sagen. Einige Bemerkungen noch zur Bildung, weil man auch an dem Beispiel Bildung deutlich machen kann, wie wichtig soziale Sicherheit für den Lebensweg eines Menschen ist. Das zeigt sich am aktuellen Beispiel der Gewalt an manchen Schulen in Deutschland, die seit einigen Tagen in der öffentlichen Debatte stehen. Ich bekomme das in Berlin ja hautnah mit, was dort an manchen Schulen passiert. Dabei wird gerne übersehen, dass diese Gewalt vor allem ein soziales Problem ist, auch eine Folge der mangelnden Integration, aber es ist in erster Linie ein soziales Schichtenproblem; denn es sind die Hauptschulen, an denen Gewalt immer stärker aufbricht, während, wie gerade das Berliner Beispiel deutlich macht, an den häufig nur wenige Metern entfernten Realschulen mit gleich hohem Anteil an Migrantenkinder kaum etwas davon zu spüren ist. Die Hauptschulen werden immer mehr zu einem Sammelbecken der Perspektivlosen. Mit einem Hauptschulabschluss bekommt man heute so gut wie keinen Ausbildungsplatz mehr. Wozu soll man sich dann also anstrengen, wenn der Schulabschluss ohnehin nichts wert ist und man ohnehin im Arbeitslosengeld 2 landet?

Die Bundesagentur für Arbeit hat im Jahr 2005 etwa 2 Milliarden Euro für die Integration arbeitsloser Jugendlicher verausgabt, die häufig als nicht ausbildungsfähig oder bildungsarm bezeichnet werden. Die Fachleute rechnen uns inzwischen vor, dass in Deutschland nicht nur 10 % der Jugendlichen die Schulen ohne jeden Abschluss verlassen - in welche Zukunft eigentlich, in welche

Arbeitszukunft, in welche Lebenszukunft? -, sondern dass weitere 13 % als kompetenzarm gelten, als im Prinzip nicht ausbildungsfähig, das ist dann fast ein Viertel jedes Jahrgangs, der in Deutschland jährlich die Schule verlässt. Wohin verlassen diese jungen Leute die Schule?

In Finnland verlassen jährlich 2 % der Schüler, die als kompetenzarm gelten, die Schulen; in Deutschland sind es 23 %. Die finnischen Kinder sind keine Spur schlauer als die deutschen Kinder. Es liegt an den institutionellen Bedingungen und Strukturen unseres Bildungssystems. Deshalb wäre es gut, die 2 Milliarden Euro, die die Bundesagentur zurzeit sinnvollerweise als Rotkreuzstation für arbeitslose junge Leute ausgibt, Zug um Zug in die Schulen hineinzugeben, damit wir endlich die Schwachen an der Quelle angemessen fördern und zu vernünftigen Abschlüssen bringen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Lasst mich noch ein paar Worte zur Arbeitsmarktpolitik sagen. Eine wissenschaftliche Überprüfung hat ergeben, dass gut ein Jahr nach Abschluss der Hartz-Reformen die zentralen arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Hartz-Gesetze schlicht gescheitert sind. Das hatten übrigens einige vor Jahren schon vorausgesagt, aber man soll ja nicht rechthaberisch sein.

Die Überprüfung hat auch ergeben, dass die Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung - wir reden immer wieder von Qualifizierung und von Weiterbildung als besonders notwendiges Instrument - in den letzten Jahren um bis zu zwei Dritteln zurückgefahren worden sind. Das halte ich für völlig unvertretbar. An ihre Stelle sind zum Teil die so genannten 1-Euro-Jobs getreten.

Jetzt lasst mich noch zwei Sätze zu den 1-Euro-Jobs sagen. Ich habe Jahrzehnte in der Bundestagsfraktion der SPD die Arbeitsmarktpolitik wesentlich mitgeprägt. In meinem ganzen politischen Leben habe ich kein einziges Arbeitsmarktinstrument kennen gelernt, das so phantasie- und so perspektivlos ist wie diese 1-Euro-Jobs. Deswegen müssen sie in vernünftige Beschäftigung umgewandelt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Man kann hin und wieder lesen, dass 1-Euro-Jobber inzwischen sogar im öffentlichen Beschäftigungssektor als Streikbrecher eingesetzt werden. So weit geht es inzwischen. Es ist hanebüchen, was hier abläuft. Wir brauchen eine grundlegende Neuordnung der aktiven Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, und dazu habt Ihr einiges in den Anträgen, so dass ich mir jetzt weitere Kommentierungen ersparen kann.

Alles, was zur Krankenversicherung von Ursula gesagt worden ist, teile ich ohne jede Einschränkung. Deshalb kann ich mir weitere Ausführungen dazu schenken. Ich will aber noch einige Sätze zur Rente sagen.

Die Begründung der Bundesregierung, das Renteneingangsalter ab 2012 Zug um Zug auf 67 heraufzusetzen, ist schlichter Natur. Es soll sichergestellt werden, dass der Rentenversicherungsbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung im Jahre 2030 22 %, der Arbeitgeberbeitrag folglich 11 % nicht überschreiten darf. Diese Begründung kann man sich auf der Zunge zergehen lassen. Ich habe in den letzten Jahren viele Rentenprofessoren und -prognosen gehört. Die Rürups haben jede Änderung am deutschen Rentensystem damit begründet, damit sei dem Reformbedarf für lange Zeit Genüge getan. Ähnlich die Wirtschaftskonjunkturforschungsinstitute: Sie haben sich in den letzten Jahren selbst bei Kurzzeitprognosen so getäuscht und blamiert, dass sie für den Rest ihrer Tage entsprechende Prognosen nicht mehr erstellen sollten.

Und jetzt wird als Kronzeuge für das Heraufsetzen des Rentenzugangsalters eine Prognose bis zum Jahr 2030 bemüht. Hinzu kommt - und das ist das, was bei mir eigentlich schon auf fast körperliche Erregung stößt; das will jetzt gar nichts heißen, weil ich auch im fortgeschrittenen Alter bin - der Hinweis, der Arbeitgeberbeitrag darf 2030 elf Beitragspunkte nicht überschreiten. Also das hinreichend bekannte Lohnnebenkostenargument. Genossinnen und Genossen, das ist die blanke Ökonomisierung der Sozialpolitik.

Das zentrale Ziel von Rentenpolitik kann doch nicht sein, den Arbeitgeberbeitrag auf 11 % im Jahr 2030 einzufrieren, sondern das zentrale Ziel jeder Rentenpolitik in Deutschland muss sein, dass Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet haben, einen Anspruch haben, aufgrund ihrer Beitragsleistung einen menschenwürdigen Lebensabend zu verbringen. Das muss doch Kernanspruch jeder Rentenpolitik sein!

Für die Finanzierung der deutschen Sozialversicherung ist von maßgeblicher Bedeutung, ob wir es schaffen, die Massenarbeitslosigkeit deutlich zurückzufahren, ob wir es schaffen, das sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis wieder ins Zentrum der politischen Gestaltung zu rücken, und ob es gelingt, die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder angemessen über ihren Lohnanteil an der Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Sozialprodukts zu beteiligen. Das sind die Kernelemente.

Jetzt nenne ich Euch noch eine Zahl. Es hat 1995 eine Prognose im Rentenbericht über die Entwicklung der Eckrente gegeben. Der Eckrentner ist eine rechnerische Größe, wie man weiß. Der Eckrentner definiert sich aus zwei Bestandteilen: Er hat 45 Beitragsjahre und ein Durchschnittseinkommen bezogen. 1995 wurde prognostiziert, die Eckrente dieses Eckrentners in 2009 beträgt 1.450 Euro. Vor kurzem wurde genau diese Prognose für 2009 massiv nach unten korrigiert. Sie liegt jetzt deutlich unter 1.200 Euro. Die Differenz in den Prognosen beträgt rund 22 %. Diese Differenz ist ganz einfach zu erklären: Weil der Prognose von 1995 ein Realzuwachs bei den Löhnen von ca. 3 % zu Grunde gelegt wurde. Aus den 3 % wurden dann Nullrunden, bei den Arbeitnehmern wie bei den Rentnern.

Ich habe mich eben lang und breit über die Lohnentwicklung ausgelassen. Allein an diesem kleinen Beispiel kann man deutlich machen, wo die wirklichen Gründe für die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherung liegen. Es sind keine Gründe demografischer Natur. Wenn wir in Deutschland in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine angemessene jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität haben werden - daran hat niemand einen Zweifel -, dann hätten die abhängig Beschäftigten bei einer angemessenen Lohnentwicklung im Jahr 2030 ein ganz erheblich höheres verfügbares Einkommen als heute. Wer will mir heute weismachen, dass für diesen Fall - deutlicher Zuwachs bei den real verfügbaren Einkommen -, im Jahre 2030 der gleiche Arbeitnehmer nicht bereit sein sollte, bei gesteigerter Lebenserwartung statt insgesamt 22 % - halbe-halbe Arbeitgeber/Arbeitnehmer - 24 % Rentenversicherungsbeitrag zu leisten. Er hätte immer noch weit mehr verfügbares Einkommen als die heutigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wenn Ihr euch anschaut, mit welcher Arbeitsproduktivität der Wohlstand 1960 geschaffen worden ist und mit welcher Arbeitsproduktivität heute ein unvergleichlich größerer Kuchen geschaffen wird, dann ist es nichts anderes als die Fortschreibung der Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte.

Noch eine weitere Zahl: Ein Landwirt im Jahre 1900 konnte acht Leute ernähren. Ein Landwirt im Jahre 2006 kann über 80 Leute ernähren. Das hat mit nichts anderem zu tun als mit dem Fortschritt der Arbeitsproduktivität in der landwirtschaftlichen Produktion. Genauso verhält es sich im Prinzip auch in der industriellen Produktion.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, werden wir in dieser Frage doch noch erheblichen Diskussionsbedarf haben.

Was die Geburtenzahl anbelangt, so sind auch hier die Zusammenhänge klar: Die Geburtenzahlen können nicht von den gesellschaftlichen Umständen getrennt werden, die wiederum von der Politik gestaltet werden können.

Ich will dazu zwei Zahlen nennen: Wir hatten die stärkste Geburtenentwicklung der deutschen Nachkriegsgeschichte zwischen 1955 und 1970. Das waren die so genannten Babyboomer-Jahrgänge. In dieser Phase der bundesdeutschen Nachkriegsentwicklung hatten wir Vollbeschäftigung, ständig steigende Reallohnzuwächse, materielle Sicherheit, Arbeitsplatzsicherheit, also gute Rahmenbedingungen für ökonomisch-soziale Sicherheit.

Ein zweites Beispiel. Wir hatten im Jahre 1991 in Ostdeutschland einen massiven Zusammenbruch der Geburtenrate, die um 40 % geringer als im Vorjahr war. 1992 gab es nochmals einen Rückgang um weitere 20 %. Ursächlich war vor allem die rapide steigende Frauenarbeitslosigkeit. Also, die gesellschaftlichen Fakten beeinflussen in hohem Masse die Geburtenziffern, und deren Absinken ist die Resultante aus den Hoffnungen und Ängsten der Menschen, aus ihren Lebensbedingungen, und insoweit liegt das Ganze eben auch in der Gestaltungsmacht der Politik: Mehr Frauenerwerbstätigkeit, bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten, altersgerechte Arbeitsplätze, früherer Eintritt in die Berufswelt, um einige wichtige Beispiele zu nennen. Das alles sind Einflussfaktoren, die von der Politik mehr oder weniger gut gestaltet werden können und die unmittelbar auf die materiellen Bedingungen der Rente in Deutschland einwirken.

Meine vorletzte Bemerkung gilt dem Kündigungsschutz. Auch dazu hat Ursula alles gesagt, was zu sagen ist. Dass das kein Schutz vor Kündigungen, weiß jeder. Es ist ein Schutz vor willkürlichen Kündigungen. Ich will nicht der Willkür Tür und Tor öffnen. Neulich hat ein kluger Mann - er war jahrelang Redakteur in der Chefredaktion vom *Handelsblatt* - einen schönen Satz aufgeschrieben: „Mit dem Kündigungsschutz verhält es sich ähnlich wie mit dem Scheidungsrecht. Die Liberalisierung des Scheidungsrechts hat nicht zu mehr Eheschließungen geführt, sondern zu einem verstärkten Austausch von älteren Ehefrauen zugunsten von jüngeren Ehefrauen.“

Ich will noch eine Bemerkung zu den Standortverlagerungen aus Deutschland machen. Es geht nicht darum, dass deutsche Großunternehmen im Ausland Direktinvestitionen tätigen, dass sie sich neue Märkte erobern und dass sie vorhandene Märkte stabilisieren wollen. Darum geht es nicht. Aber wenn ein

Unternehmen in Deutschland die Anlage platt macht, ein Unternehmen, das schwarze Zahlen schreibt, das fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat, wenn ein solches Unternehmen den Betrieb in Deutschland platt macht, weil z. B. in Polen die Umsatzrendite möglicherweise 3 oder 4 Prozentpunkte höher ist, dann ist das eine schlimme Entwicklung, die von der Politik so nicht weiter hingenommen werden kann.

Die Politik darf nicht ohnmächtig gegenüber einem wirklich ausbeuterischen Kapitalismus bleiben. Die Politik muss wieder versuchen, Instrumente in die Hände zu bekommen, um solchen Entwicklungen vorzubeugen. Ansonsten macht sich Politik perspektivisch überflüssig. Wenn wir nicht mehr in der Lage sind, Menschen vor nacktem Ausbeutertum zu schützen, dann hat Politik ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Wir setzen uns auf europäischer Ebene für eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung ein. Wir werden auf nationaler Ebene - ich hoffe sehr, gemeinsam mit den Gewerkschaften, denn das ist wirklich ein schwieriges Thema - die Möglichkeiten einer Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung prüfen. Denkbar ist eine verfassungskonforme Erweiterung der Unternehmensmitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Entscheidungen über die Schließung oder Standortverlagerung in jenen Unternehmen, die sich nachweisbar nicht in einer wirtschaftlichen Notlage befinden. Der Grundsatz unserer Verfassung, Eigentum verpflichtet, muss auch hier wieder zur bestimmenden Linie werden, liebe Genossinnen und Genossen.

Deshalb will ich zum Schluss an einen Satz eines Mannes erinnern, der wohl der Geburtshelfer dieser Arbeitsgemeinschaft war: Herbert Wehner. Herbert Wehner hatte in einer Rede auf der Bundeskonferenz der AfA in Duisburg am 19. Oktober 1973 dieser Arbeitsgemeinschaft folgenden Auftrag mit auf den Weg gegeben - ich zitiere -: „Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen wird der SPD helfen, nicht einfach Kommunalpartei, Landespartei oder Bundespartei zu sein, sondern die Partei, in der die Hoffnungen, Erwartungen und gesellschaftspolitischen Fähigkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschmelzen zu der Kraft, die neues Leben schafft.“

Das ist der Auftrag, der auch heute gilt, der genauso gilt. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in den vergangenen zwei Jahren versucht, unseren Beitrag zu leisten, trotz mancher Widrigkeiten und auch mancher Zweifel; ich füge das der Ehrlichkeit halber hinzu. Ich glaube, was durchträgt, was auch über Zweifel,

Widrigkeiten und manche harte Kämpfe durchdringt, ist die gemeinsame Erkenntnis, dass bei den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen in Deutschland auf eine lange, absehbare Zeit eine Reformpolitik, wie sie Willy Brandt einmal definiert hat - Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen -, ohne oder gegen die Sozialdemokratische Partei nicht möglich ist. Deshalb das ungebrochene Engagement in dieser Partei, wo wir für unsere Ziele streiten. Ich bin da gar nicht so pessimistisch. Wir haben vor einem Jahr die Mindestlohndebatte geführt, und heute redet alle Welt dieser Republik über Mindestlöhne. Das macht also schon Sinn. Es hat einen Sinn gemacht, sich massiv in der Frage „Ausgestaltung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie“ einzubringen. Auch da ist vieles, vieles verbessert worden, gemessen an der Ausgangslage. Es gibt also auch Fortschritt.

Ich habe mich sehr herzlich für die Zusammenarbeit in den letzten zwei Jahren bei den Kolleginnen und Kollegen des Bundesvorstandes, bei den Kolleginnen und Kollegen des Bundesausschusses und bei Euch allen in den Bezirken und Untergliederungen zu bedanken. Es waren insoweit zwei schöne Jahre, als ich in dieser Arbeitsgemeinschaft immer sehr viel Solidarität erfahren habe. Solidarität ist keine Einbahnstraße; man muss versuchen, das auch einmal zurückzugeben. Ich bin auch ein bisschen stolz darauf, dass wir alle Beschlüsse, die wir gefasst haben, so gut wie einvernehmlich und einstimmig gefasst haben. Das zeigt: Keine Grabenkämpfe, keine Fraktionsauseinandersetzungen. Die mögen hin und wieder sinnvoll sein, aber sie schwächen auch, und zwar ganz enorm. Es macht mehr Spaß, wenn man es einvernehmlich hinbekommt, und zwar ohne große interne Auseinandersetzungen. All die Kraft, die man in internen Auseinandersetzungen gebraucht und verbraucht, fehlt in den notwendigen externen Auseinandersetzungen mit den eigentlichen Gegnern. In diesem Sinne: Glück auf! Ich wünsche euch allen einige ertragreiche Tage hier in Kassel!